



## Niederschrift

### 25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 14.10.2015  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:40 19:40 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

##### Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	ab 18:15 Uhr
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Peter Schüler	Grüne/B90	
Herr Sandro Szilleweit	DIE aNDERE	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	Bürgerbündnis-FDP	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	nicht anwesend
Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	entschuldigt
----------------------	-----	--------------

#### Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
30.09.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen  
Vorlage: 15/SVV/0043  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.2 Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte  
Vorlage: 15/SVV/0623  
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des  
Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
- 4.1.1 Schulentwicklungsplanung - 4. Sachstandsbericht  
Vorlage: 15/SVV/0738  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 4.2 Zwischenstand Pfingstberg - bebilderte Darstellung der beiden Varianten sowie  
der Folge- und Investitionskosten
- 4.3 Dialog und Beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche
- 5 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2015**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

- der Tagesordnungspunkt 3.2 – DS 15/SVV/0623 - Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte – wird zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr noch nicht vorliegt.
- Der Tagesordnungspunkt 4.2 – DS 15/SVV/0738 – Schulentwicklungsplan – 4. Sachstandsbericht – soll gleich zu Beginn der Sitzung behandelt werden, da zeitgleich die Schulkonferenz berät und die Vertreter des Fachbereiches Bildung und Sport dort ebenfalls anwesend sein müssen.
- Vor dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ berichtet die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung über die aktuelle Flüchtlingssituation.

Darüber hinaus liegt ein Antrag auf Rederecht von Frau Hörstel, Bürgerinitiative Offener Pfingstberg, zum Tagesordnungspunkt 4.2 – Zwischenstand Pfingstberg ... - vor. Da Frau Hörstel nicht anwesend ist, wird über den Antrag auf Rederecht nicht abgestimmt.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er darum gebeten habe, zur heutigen Sitzung den Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie Mitglieder des Kreisausschusses zum Thema „Modellversuch Zeppelinstraße“ einzuladen. Die Teilnahme, so der Oberbürgermeister, konnte auf Grund der Kurzfristigkeit nicht zugesichert werden. Die Anwesenden stimmen dem Anliegen von Dr. Scharfenberg zu, dass der Oberbürgermeister den o.g. das Angebot unterbreitet, an der Sitzung des Hauptausschusses am 28.10.2015 teilzunehmen.

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2015 erheben sich keine Einwände; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

### **zu 3      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1      Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen**

**Vorlage: 15/SVV/0043**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich bringt namens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine neue Fassung ein und verweist darauf, dass diese im Ergebnis und unter Berücksichtigung der inhaltlichen Diskussion in den Fachausschüssen erarbeitet wurde.

Im Anschluss an die kurze Diskussion, in der u.a. die Realisierung des Beschlussvorschlages in Frage gestellt wird, stellt der Oberbürgermeister die neue Fassung zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der DS in der vorliegenden neuen Fassung vom 12.10.2015 zuzustimmen.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam an „Fairtrade-Towns“ in die Erarbeitung des Leitbildes für die LHP einzubeziehen.~~

***Die Landeshauptstadt Potsdam bekennt sich zu den Grundsätzen des „Fairen Handels“, der darauf abzielt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen am Anfang der globalen Lieferketten zu verbessern und ihre politische und wirtschaftliche Position zu verbessern.***

***Der Oberbürgermeister prüft, ob und wie Anbieter „Fair gehandelter“ Produkte in Potsdam unterstützt werden können. In einem Prüfbericht zur Stadtverordnetenversammlung im April 2016 soll dargestellt werden, ob die Kriterien, wie sie z.B. zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Town“ vorgesehen sind, dazu wirkungsvoll beitragen können.***

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 2 Gegenstimmen

**zu 3.2 Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte**  
**Vorlage: 15/SVV/0623**  
Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940**

**zu 4.1.1 Schulentwicklungsplanung - 4. Sachstandsbericht**  
**Vorlage: 15/SVV/0738**  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Rademacher und Herr Werner erläutern den 4. Sachstandsbericht zum Schulentwicklungsplan.

Sie verweisen darauf, dass sich bereits Anfang des Jahres das Erfordernis der Aktualisierung der Bevölkerungsprognose abzeichnete, da sich die Zahlen zwischenzeitlich stark verändert hätten.

Vorgestellt werden die 4 Planungsräume, welche sich wie folgt darstellen:

- Planungsraum 201 = Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote

- Kasernen
- Planungsraum 501 = Stern
- Planungsraum 601 = Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt
- Planungsraum 401 = Zentrum Ost
- Planungsraum 402 = Babelsberg Nord, Klein Glienicke
- Planungsraum 403 = Babelsberg Süd

Auf Grund der abweichenden Entwicklungszahlen sei eine Anpassung des Schulentwicklungsplanes (SEP) erforderlich; eine entsprechende Beschlussvorlage werde in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04. November d.J. eingebracht.

Im Planungsraum 501 = Stern – entsprechen die Prognosen den Planungen, welche bei der Erarbeitung des SEP herangezogen wurden. Dies bedeute, dass auf Containerlösungen verzichtet werden könne.

Im Planungsraum 601 = Hauptbahnhof, Brauhausberg ... - gebe es zusätzlichen Bedarf, welcher u.a. über die anderen Planungsräume abgedeckt werden könne. Darüber hinaus müsse in diesem Bereich ein geeigneter Grundschulstandort gefunden werden.

Die AG Schulentwicklungsplanung werde dazu beraten.

Der Planungsbereich 403 = Babelsberg Süd – habe den stärksten Wachstum zu verzeichnen. Die bestehenden Grundschulkapazitäten reichen nicht aus, so dass neue 2 zügige Grundschulen benötigt werden.

Defizite bestehen auch bei der Sporthallensituation und der Schulspeisungsversorgung.

Mit den Schulleitern werden derzeit auch Interimslösungen, wie z.B. die Aufstellung von Modulen besprochen und in diesem Zusammenhang auch die Aktivierung der Grundschule Am Stern ab 2018/2019 geprüft.

Andere Varianten seien derzeit nur mit dem Angebot eines zusätzlichen Fahrdienstes möglich.

Die Vorstellung der Prüfergebnisse sowie die Rücksprache mit den betroffenen Schulleitern werde am 03.11.2015 in der AG Schulentwicklungsplanung erfolgen.

Im Sekundarbereich wird der Bedarf an weiteren Sekundarschulen nach Vorlage der Ergebnisse der Prüfungen der Bedarfszahlen zur Kenntnis gegeben. Eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie werde im November vorliegen.

Die Maßnahmen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

1. Errichtung eines dreizügigen Gymnasiums am Standort Haeckelstraße.  
>> Ein entsprechender Beschlussvorschlag wurde in die Stadtverordnetenversammlung am 07.10.2015 eingebracht und zur Behandlung in den Fachausschuss überwiesen.
2. Bau einer dreizügigen Grundschule mit Hort in Modulbauweise an den Roten Kasernen / nördliche Esplanade.  
>> Eine entsprechende Beschlussvorlage wird in die Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2015 eingebracht.
3. Errichtung einer Montessori-Oberschule in Potsdam-West.  
>> Die Machbarkeitsstudie liegt vor; eine entsprechende Mitteilungsvorlage wird der Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2015 vorgelegt.
4. Erweiterung der Comeniuschule  
>> Eine eventuelle Nutzung als Grundschule und die damit verbundene

- Verlagerung der Schule muss geprüft werden.
5. Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark  
>> Die Darstellung der Situation und Möglichkeiten erfolgte im 2. Sachstandsbericht vom 25.03.2015.
  6. Gespräche mit freien Trägern zur Erreichung von Entlastungseffekten sowie die Information über die weiteren Schritte.  
>> In einem Schreiben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport von Juli d.J. wird darauf verwiesen, dass die Verantwortung bei den Schulen in öffentlicher Trägerschaft liegt; die Betrachtung der finanziellen Aspekte sei hierbei nicht prioritär. Kooperationen zwischen den Schulträgern seien möglich.

Frau Rademacher fasst zusammen, dass:

- jeweils eine zweizügige Grundschule im Raum Babelsberg Süd (Planungsraum 403) sowie im Raum Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt (Planungsraum 601) errichtet werden muss. Dazu seien ab dem Schuljahr 2016/2017 Übergangslösungen notwendig. Unterschiedliche Optionen werden derzeit mit den Schulen „Grundschule am Humboldttring“, „Goethe-Grundschule“, Gesamtschule Peter-Joseph Lenné“ und „Bertha-v.Suttner Gymnasium“ sowie weitere Standorte geprüft.
- Die Neufassung des Schulentwicklungsplanes wird in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Dezember 2015 eingebracht.

Der Hauptausschuss wird im Januar 2016 über die vorliegenden Ist-Schülerzahlen und die damit verbundenen Auswirkungen informiert.

Der Oberbürgermeister dankt für die Darstellung der aktuellen Zahlen sowie der derzeitigen Situation und der sich daraus ableitenden Erfordernisse. Er betont, dass der Bau von zwei neuen Grundschulen nicht nur Auswirkungen auf den Investitionsplan des KIS sondern auch auf den Haushalt der Landeshauptstadt habe, soweit das Innenministerium dem zustimme

In der sich anschließenden Diskussion wird von Herrn Dr. Scharfenberg darauf verwiesen, dass darüber Konsens bestehe, keine Gebäude mehr zu verkaufen, die als Schulgebäude geeignet wären. Modul-Schulen beeinträchtigen aus seiner Sicht den Schulbetrieb und können nur als Übergangslösung gedacht sein. Er begrüßt die Suche und Prüfung von Alternativen, zu denen er auch das ehemalige Restaurant „Minsk“ zähle.

Der Oberbürgermeister betont, dass derzeit keine Gebäude, die für eine Schulnutzung geeignet wären, zum Verkauf stehen.

Auf die Frage von Herrn Heinzel, was gegen die Einführung von Schulbezirken spreche, erwidert Frau Rademacher, dass dem die freie Schulauswahl und die die dynamische Entwicklung der Bevölkerungszahlen entgegenstehe. .

Die AG Schulentwicklungsplan werde sich auch mit dieser Frage befassen. Nachfragen von Ausschussmitgliedern, ob in die Prognosen auch die Zuzüge im Bornstedter Feld berücksichtigt wurden werden bejaht; die Berücksichtigung von Flüchtlingskindern sei hingegen nicht möglich, da die Zahl zum einen nicht vorhersehbar sei und damit nicht planbar sei, ob und wie lange diese Familien in der Landeshauptstadt bleiben.

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass die räumliche Situation in Babelsberg sehr schwierig ,die Erwartungshaltung der Eltern zum Teil unrealistisch und für die Landeshauptstadt nicht mehr leistbar

sei.

Herr Wellmann bittet um Informationen, ab wann mit einer neuen Schule in Babelsberg gerechnet werden könne. Frau Rademacher erwidert, dass der konkrete Standort sowie die planerischen Tätigkeiten problematisch seien und ggf. bestehendes Planungsrecht geändert werden müsse, was wiederum vor 2020 aber kaum zu realisieren sei.

Herr Szilleweit regt an, für die Förderschule am Brauhausberg einen geeigneteren Standort zu finden und dafür in dem Gebäude eine neue Grundschule einzurichten.

Der Oberbürgermeister verweist auf die in erheblichem Maße in die Schule geflossenen Investitionen, so dass eine diesbezügliche Entscheidung genau abgewogen werden müsse.

Insgesamt, so der Oberbürgermeister sei die Wachstumsdynamik in Potsdam an sich sehr überraschend und müsse die Infrastruktur mit dieser mithalten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.2 Zwischenstand Pfingstberg - bebilderte Darstellung der beiden Varianten sowie der Folge- und Investitionskosten**

Herr Goetzmann informiert über den derzeitigen Stand der Gespräche zum Pfingstberg und betont, dass dies ein Zwischenstand sei.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten habe bekräftigt, dass sie Eigentümerin der in Rede stehenden Flächen mit allen Verantwortlichkeiten bleiben wolle; eine Übertragung der Flächen an die Landeshauptstadt werde von der Stiftung abgelehnt.

Ebenso käme eine Gestaltung und Pflege der Anlagen auf unterschiedlichem Niveau nicht in Frage, um den Zusammenhang des Gartendenkmals zu gewährleisten.

Im Zuge der Diskussion seien 2 Varianten entwickelt worden, welche Herr Goetzmann im Rahmen einer Power Point Präsentation vorstellt.

##### Variante A

Die Darstellung des Zaunverlaufs zwischen dem Privat- und dem Stiftungsgrundstück gehe über die jetzige Situation hinaus. Die MDB KG hat ein Eingehen auf diese Lösungsvariante nicht völlig ausgeschlossen; fordere aber Randbedingungen wie z.B. eine gesicherte Arrondierung des Privatgrundstückes per Erbbaurecht. Ansonsten würde die MDB KG ihr Engagement und die Investitionen auf die privat nutzbaren Flächen einschränken. Die Landeshauptstadt müsste für die Villa Schlieffen einen Träger suchen.

##### Variante B

Bei dieser Variante wäre der Hang unterhalb der Villa Henkel in den privat nutzbaren Bereich per Nießbrauchsvertrag einbezogen. Die MDB KG habe signalisiert, dass sie diese Variante bevorzuge; sie würde hierbei auch die Investitionen in die Wiederherstellung der Parkanlage und die Erneuerung der Villa Schlieffen in Gänze übernehmen, erwartet hingegen für die dauerhafte

Pflege der öffentlich nutzbaren Flächen eine anteilige Beteiligung der Stadt.

Die zu erwartenden Kosten könnten sich nach jetzigem Stand wie folgt darstellen: Für die Herstellung der flächendeckenden Verkehrssicherheit müssten insgesamt ca. 550 T€ - verteilt auf 2 Jahre - investiert werden. Hinzu kämen ca. 1,5 Mio. € für die denkmalpflegerische Wiederherstellung des Parks, dabei sei eine zeitliche Streckung möglich.

Auf Dauer anzusetzen seien nach der Wiederherstellung jährlich ca. 240 T€ für die Pflege und Wartung der Anlage.

Die Variante A ergebe eine deutlichere zentralere öffentliche Verantwortung.

Die Variante B wäre aus finanzieller Sicht die weitaus günstigere für die Landeshauptstadt.

Der Oberbürgermeister betont, dass dies der momentane Verhandlungsstand sei und alles unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der Beratungen des Stiftungsrates stehe.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt die derzeit laufenden Verhandlungen und hinterfragt, warum bei der Variante A Zugeständnisse an Herrn Döpfner gemacht werden ohne Gegenleistungen zu verlangen, zumal erklärt worden sei, dass es von dieser Seite kaum eine finanzielle Beteiligung geben werde.

Zur Variante B merkt er an, dass diese eine Änderung des bestehenden Bebauungsplanes bedeuten würde. und dem werde die Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen.

Herr Goetzmann erwidert, dass die Variante B zwar erhebliche Abweichungen vom B-Plan bedeute; allerdings wäre über den Weg der Befreiung die Abweichung vom B-Plan-Verfahren möglich. Allerdings lege die Verwaltung Wert darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung dieses Vorhaben per Mehrheitsentscheidung unterstütze.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen zu einem möglichen geplanten Verkauf der Villa Schlieffen gestellt. Der Oberbürgermeister erläutert, dass die Stiftung signalisiert habe, die Villa nicht veräußern zu wollen. Herr Goetzmann ergänzt, dass in beiden Varianten sowohl der Teich als auch die Grotte in Privatbesitz wären.

Auf die Nachfrage von Herrn Finken, wie die Gartennutzung zu diesen Anlagen in den Kaufverträgen geregelt wurde, antwortet Herr Goetzmann, dass es keine Regelungen gebe; Ausführungen dazu seien in der Begründung des Bebauungsplanes enthalten.

Auf die Nachfrage von Herrn Wellmann, über welchen Zeitraum die Landeshauptstadt bei der Variante B die Kosten für die Pflege und Unterhalten der Grünanlagen übernehmen müsste, antwortet Herr Goetzmann, dass die Herstellung nach dem aktuellen Denkmodell 10 Jahre umfasse, die Pflege darüber hinaus kontinuierlich anfalle.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Landeshauptstadt nicht Eigentümerin der Fläche ist und somit nur ein planungsrechtliches Mitspracherecht habe.

Herr Kirsch bittet um Informationen, wann der Eigentümer der Umwidmung des Grundstücks von privat in öffentlich zugestimmt hat.

Herr Goetzmann erwidert, dass die Fläche wahrscheinlich Mitte der Neunziger Jahre in den Besitz der Stiftung übergegangen ist; vorher befand sich die Fläche im Eigentum des Bundes. Die Villa Henkel sowie die Villa Schlieffen sind

wahrscheinlich seit 1945 nicht mehr in privatem Besitz.

Herr Dr. Scharfenberg fragt den Oberbürgermeister wie er die zeitlichen Abläufe einschätze und wann er mit weiteren Schritten rechne,  
Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es grundsätzlich so sei, dass die Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung mit dem Anteil der privaten Nutzung steige, was dann wiederum einer öffentlichen Nutzung zu Gute käme.  
Der Stiftungsrat werde dazu wieder im November beraten, auch unter Beachtung der finanziellen Aspekte; letztendlich werde aber die Stadtverordnetenversammlung darüber entscheiden.

Der Hauptausschuss wird in 4 Wochen über den aktuellen Sachstand informiert.

#### **zu 4.3 Dialog und Beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche**

Herr Jonas, Werkstatt für Beteiligung, geht in seinen Ausführungen auf den derzeit laufenden Prozess ein.

Man habe bei null angefangen und den Beteiligten Ende April die geplante Vorgehensweise vorgestellt. In Einzelgesprächen mit den Akteuren sei es um den Entwurf eines Grobkonzeptes, die Berufung eines Begleitkreises und die Erarbeitung eines Szenarien basierten Gerüsts gegangen.

Die Akteure seien gebeten worden, bis zum 12.10.2015 zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen; hätten dann aber aktuell um eine Terminverlängerung bis zum 20.10.2015 gebeten.

Der Hauptausschuss wird in seiner Sitzung am 28.10.2015 über die Details informiert.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass nicht nachvollziehbar sei, warum die Beratungen nicht öffentlich stattfinden. Die Transparenz sei nicht gegeben; die Öffentlichkeit kann an der Entwicklung nicht teilhaben.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass dies auch zwischen den Beteiligten kontrovers diskutiert werde.

Morgen werde eine Pressekonferenz dazu stattfinden, in der sich die Beteiligten zum weiteren Verfahren äußern. Das Thema sei eine schwierige Materie; letztendlich entscheiden die Beteiligten, ob und wie es weiter gehen soll.

Herr Jonas ergänzt, dass sich die Aktiven auf dieses Verfahren verständigt hätten; im Internet veröffentlichte Unterlagen seien von einer beteiligten Gruppe online gestellt worden. Wichtig sei, mit den Aktiven in's Gespräch zu kommen.

Der Oberbürgermeister regt an, das Verfahren autorisiert öffentlich zu machen.

#### **zu 4.4 Information zur aktuellen Flüchtlingssituation**

Frau Müller-Preinesberger informiert aus der Beratung der Arbeitsgruppe „Asyl“, welche unmittelbar vor der Sitzung des Hauptausschusses stattgefunden habe.  
Der aktuelle Stand der zur Verfügung stehenden Unterkünfte für Flüchtlinge gestalte sich wie folgt:

##### Fachhochschule Potsdam

- ist auf Grund vorhandener Schadstoffbelastungen als Unterkunft für Flüchtlinge nicht geeignet

#### Studentenwohnen im Horstweg

- steht als Unterkunft nicht zur Verfügung, da der Investor dem nicht zustimmt

#### Konsumhof

- Derzeit finden Vertragsverhandlungen statt.
- Hier könnten ca. 60 Personen wohnungsähnliche Unterkünfte beziehen.

#### Filmpark Babelsberg – Caligari-Halle

- Das Objekt werde als Unterkunft in Betracht gezogen. Bei Vorliegen des Bedarfs wird auf eine Nutzung zurückgegriffen, jedoch nicht vor dem 7.11.2015 (vorher noch Veranstaltungen)

#### Alter Landtag – Brauhausberg

- Derzeit werde über die Unterbringung von 300 bis 400 Personen verhandelt.

#### Objekt Rote Kaserne

- Hier wäre die Aufstellung von Modulen und Nutzung als Unterkunft ab Mitte 2016 möglich.

#### Aufstellung von Leichtbauhallen

- Eine Übersicht über die geplanten Standorte zur Aufstellung der Hallen für das Jahr 2016 ist den Fraktionen zur Kenntnis gegeben worden.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, warum, in Anbetracht der schwierigen Situation das Objekt „Siebenschläfer“ im Zentrum Ost nicht in die engere Wahl gezogen wurde.

Frau Müller-Preinesberger verweist darauf, dass sich das Objekt in der Liste befinde, aber nicht in die aktuelle Planung einbezogen wurde.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Zustimmung des Eigentümers vorliegen muss.

Hier wird eine nochmalige Prüfung zugesagt.

Frau Müller-Preinesberger informiert darüber hinaus, dass in der Heinrich-Mann-Allee insgesamt 37 Plätze für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge zur Verfügung stehen, allerdings würden hier nur männliche Jugendliche untergebracht.

Für insgesamt 3 Mädchen stehen Plätze im Fluchtpunkt in der Puschkinallee beim Träger GFB zur Verfügung.

Zur Nachfrage aus der letzten HA-Sitzung, die Größe des Objektes Berliner Straße 79 betreffend, antwortet die Beigeordnete, das 4 Voll- sowie 2 Dachgeschosse (inklusive Keller) mit einer Größe von insgesamt eine Größe von 2025 m<sup>2</sup> zur Verfügung stünden.

## **zu 5 Sonstiges**

Keine Themen